Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

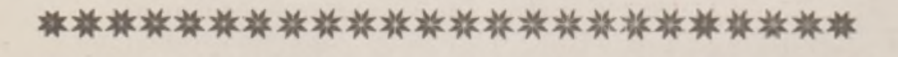
Heft 59. VII. BAND 10. Mai 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg. Schlüterstr. 28.



Nr. 59. 10. Mai 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Die Lage in Polen.

Die Zweikaiser-Proklamation vom 5. November 1916 ist die Magna Charta derjenigen Polen, die dem Unabhängigkeitsideal ihres Vaterlandes treu geblieben sind; gleichzeitig ist sie für dic Zentralmächte schon jetzt eine starke Waffe gegen den Feind im internationalen Spiel und eine feste Grundlage der freundschaftlichsten Beziehungen zum künftigen Polen. Aber nicht nur diese Bedeutung ist der historischen Proklamation beizumessen. Der deutsche Reichskanzler hat das Wort von einem „neuen Europa“ geprägt. Nirgends wird mit diesem Wort grösserer Unsinn getrieben, als in den Westländern, die im Namen des Schutzes der kleinen Völker, dieselben in grässliches Unglück gestürzt haben, keinen Schritt tun, um ihre eigenen Fremdvölker zu befreien und auch dritthalb Jahre lang bereit waren, das geliebte Polen an den damaligen russischen Autokraten zu verschachern. Die Befreiung Polens war immer ein Synonym der Völkerbefreiung, der internationalen Gerechtigkeit; die Befreiung Polens durch die Zentralmächte bildet eben den Anfang dieses neuen Europa, für das 150 Jahre lang polnische Denker und Märtyrer eifrige Vorkämpfer waren.

Es ist auch kein Wunder, dass die Verkündigung des Aktes vom 5. November in ganz Polen mit Genugtuung, bei den national bewussten staatsschöpferischen Elementen im Königreich mit Begeisterung aufgenommen wurde. Mehr als ein halbes Jahr ist seit diesem denkwürdigen Moment verflossen. Was ist in dieser Zeit zur Verwirklichung des Aktes vom 5. November getan worden? Nach Ablauf von zwei Monaten wurde in Warschau der provisorische Staatsrat ins Leben gerufen.

Gross war der Jubel all jener Patrioten, denen es mit dem Ausbau der polnischen Staatlichkeit an der Seite der Zentralmächte ernst war. Hunderte und aberhunderte von Städten und Dorfgemeinden, tausende öffentlicher Körperschaften, eine unzählige Menge von grossen Bauern-, Arbeiter- und Intelligenzler-Versammlungen brachten dem Staatsrate ihre Huldigungen, die Versicherung ihres Gehorsams dar. Noch weiter reichten die Wellen, durch die Einsetzung des Staatsrates hervorgebracht. Das kann schon jetzt öffentlich gesagt werden. Unter den Millionen Polen, die in Russland leben, bestand eine grosse Partei, die sich im latenten Gegensatz zu anderen mächtigen Faktoren befand und nun im Warschauer Staatsrat ihren Kristallisationspunkt erblickte. Noch unlängst fand in Petersburg eine grosse öffentliche Versammlung statt (vgl. S. 158) die offenkundig erklärte, sie sehe in dem, in der Hauptstadt Polens residierenden Staatsrat die einzige polnische Regierung, deren Weisungen für alle Polen bindend sind. Der Zeitungsbericht bemerkt dazu, dass diese Entschliessung stürmisch applaudiert wurde. Welche Bedeutung dieser Stimmung dem Staatsrat gegenüber, den die Ententefreunde als Werkzeug der Zentralmächte etc. bezeichnen, beizumessen ist, welche Schlussfolgerungen für einen geschickten Politiker sich daraus ergeben, tritt klar zutage...

Vier Monate fristet nun der Staatsrat seine Existenz — und seine Lage beginnt im Lande immer prekärer zu werden. Die weitesten Massen empfinden, dass er eine Scheinexistenz führt: man fragt nach seinen Leistungen. Er kann nur auf unzählige Aktenbündel, Beschlüsse, Vorschläge, Petitionen hinweisen. Ein Land, das einen Heisshunger nach staatlichem Leben bekundet, kann mit diesem Papierhaufen nicht gespeist werden. Ein Volk, dem man Passivität vorwarf, wird durch Mangel an Betätigungsgebiet zum modernen Aktivismus nicht erzogen. Das Volk erblickt nun leider im Staatsrat eine Form ohne Inhalt und wird allmählich allen Verdächtigungen zugänglich. Polnische Tageblätter mel-

den, dass zwei grosse Parteien, die bisher zu den stärksten Stützen des Staatsrates gehörten, nämlich die Demokratische Vereinigung und die Polnische Sozialistenpartei ihre Vertreter im Staatsrat beauftragten, ihre Mandate niederzulegen Der Staatsrat wäre somit dekompletiert und sein Weiterbestehen in der gegenwärtigen Form in Frage gestellt.

Es handelt sich aber nicht blos um Kritik. Nicht einem Zersetzungsprozess stehen wir gegenüber, sondern einem logischen Entwicklungsgange, der schöpferischer Natur ist und vollständig auf dem Boden der Proklamation vom 5. November steht. Dies festzustellen ist von wesentlicher Bedeutung. Es ist nicht zu verkennen, dass die russische Revolution in Polen Eindruck gemacht hat; dass sich hier und da republikanische Tendenzen bemerkbar machen. Diejenigen grossen Parteien aber, die an dem Zustandekommen der Zweikaiser-Proklamation sich beteiligten, also die überwältigende Majorität der Bevölkerung, ist ihrer Standarte treu. „Wir verlangen einen polnischen Staat, einen polnischen König, eine polnische Armee!“ Gerade vor einem halben Jahr ertönte dieser Ruf zum erstenmal öffentlich in Warschau; er ist auch das Leitmotiv der gegenwärtigen Bewegung. Noch hat der Glaube an die Verwirklichung dieses Nationalprogrammes in den weitesten Volksmassen seine Wurzeln nicht verloren. Eine starke nationale Regierung unter einem polnischen Oberhaupt, mit voller Berücksichtigung sämtlicher Militärnotwendigkeiten an der Seite der Okkupations-Aufsichtsbehörden, würde sämtliche schöpferischen Elemente des Landes um sich scharen, für leeres Gerede keinen Raum lassen, vor der ganzen Welt den Willen der Zentralmächte zur Realisierung des neuen Europa bekunden. Diese Realisierung ist allein im Stande, sämtliche innere Schwierigkeiten zu beseitigen, u. a. auch Zwangsaushebung für die polnische Armee anzuordnen.

Von besonderer Wichtigkeit wäre diese Neuordnung im Hinblick auf die Millionen Polen, die ausser-

halb des Vaterlandes leben. Wenn der gegenwärtige Staatsrat sich einer solchen Autorität erfreut, umso grösser würde der Einfluss einer nationalen Regierung sein. Ihre Einsetzung würde genügen, um manchen gefährlichen Umtrieben im Auslande zu steuern, das Polenland ausserhalb jedweder Kombinationen bei den Friedensverhandlungen zu stellen, eventuell wäre nur diese Regierung berufen, in die Friedensfrage einzugreifen, was natürlich nur im Einvernehmen mit den Zentralmächten geschehen könnte. Letzteres wird wahrscheinlich notwendig sein und es wäre nicht zweckmässig, erst in der zwölften Stunde ein Organ ad hoc zu schaffen.

Es handelt sich um Ausgestaltung des Aktes vom 5. November, um Mobilisierung sämtlicher schaffensfreudiger Elemente des Landes und um endgültige Schaffung von Zuständen, die dem Feinde jede Intervention in der Polenfrage entziehen soll.

Die russische Fremdvölkerfrage und Polen.

(Schluss.)

II.

Ist Deutschland als das Herz Europas bezeichnet worden, so könnte gewiss mit Recht beim Blick nach dem Osten und zu den grossen weltpolitischen Problemen, die dort der Lösung harren, Polen die zwischen linker und rechter Kammer liegende Herzspitze der Alten Welt genannt werden. Drei Eckpfeiler tragen das Fundament der zarischen Macht, ihrer Herrschaftsgier und Länderraubsucht: ausser Polen das Balticum und die Ukraina; wird die mittlere Spitze weggebrochen, so sind die beiden rechten und linken Träger noch immer stark genug, um den Bau in aller Form zu halten, ja es würde dadurch der Rachedurst des moskowitischen Raubstaates nur desto stärker angefacht werden.

Diese Tatsache erhellt ohne weiteres aus einer

wirtschaftspolitischen Beleuchtung der Frage. Für Russland ist Polen nur das Durchzugsland des festländischen Verkehrs mit den Mittelmächten; der ganze überragende Güteraustausch über das Meer vollzieht sich mittels der beiden Lungenflügel, der baltischen Provinzen und der Ukraina. Seitdem nun das Russentum erst die schwarze Erde im Dnjestr- und Dnjeprtiefland eroberte und dann den Schwerpunkt seiner industriellen Entwicklung dorthin verlegte, ist man gewohnt anzunehmen, dass die Schwarzmeer-Aegäische Handelsstrasse die wichtigste Verkehrsader, gleichsam die Aorta des zarischen Reichs sei. Diesen Irrtum hat Joseph Mendel durch eine Studie im Januarheft 1916 des weltwirtschaftlichen Archivs mit lehrreichen und neuartigen Ausblicken zurückgewiesen. Er weist nach, wie zwar im Ausfuhrverkehr des Getreidehandels die russischen Ostseehäfen, auf die schon an der Jahrhundertwende nur noch 17,6 v. H. des Absatzes fielen, längst die Führung an die Südhäfen des Schwarzen Meers abgegeben haben, wie diese 1899 und 1900 mit 44 bezw. 51 v. H. auch allgemein den baltischen Umschlagplätzen im Güteraustausch überlegen waren, wie sich dann aber von 1903 bis 1912 das Bild folgendermassen umgestaltete. In Hundertteilen nahmen an der russischen Ausfuhr entsprechend den Ziffern der hier eingeschalteten Tabelle die Ostseeplätze teil:

	Ostseeplätze	darunter		
		Riga	Libau	Petersburg
1903	62,0	19,9	13,0	23,6
1906	69,8	27,9	9.7	24,9
1909	76,0	26,5	9,8	23,6
1912	73,9	35,0	13,8	19,5

Auf der Schwarzmeerstrasse werden eben in der Hauptsache nur Getreide — fast ein Drittel des täglichen Brotes Englands! — Naphta und andere Industrierohstoffe verschickt; der Handel mit hochwertigen Gütern vollzieht sich in der Hauptsache auf der Ostsee, die Russland ein weit reicheres, vielseitigeres, bequemer

erreichbares und aufnahmefähigeres Gebiet wechselseitigen Güteraustausches eröffnet als der Bosporus. Man versteht im Licht dieser Tatsachen, dass Petersburg um keinen Preis in Abtretung von baltischem Gebiet willigen will, erkennt aber hiernach auch das Wesen eigentümlicher Andeutungen über das zukünftige Verhältnis zwischen Petersburg und London, wie sie noch im Januar die Spalten des Russkij füllten. Zur Durchführung des Programms des Wiederaufbaus alles dessen, was der Krieg zerstört habe, würde, so hiess es in dem Sprachrohr des russischen Kriegsministeriums, eine Teilung in Arbeitsgebiete notwendig und nützlich sein und zwar im Zusammenwirken mit den Verbündeten. Was aber Kurland anbetreffe, so sei hier offenbar ein Zusammenwirken mit England das natürliche Prinzip; der grösste Teil des Handelsverkehrs mit Grossbritanien sei schon vor dem Krieg über die baltischen Häfen gezogen*) und die englische Ware daher in dem Küstenland bereits bestens bekannt. Man hört bei solchen Auseinandersetzungen förmlich die Mäuse der seltsamen britisch-russischen Verbrüderungspolitik nach dem Taktstock des betriebsamen Herrn Buchanan pfeifen! London hat sich als Sicherheiten für seine Kriegsdarlehen unzählige Hypotheken auf Land- und Waldbesitz, Bergwerke, Industriewerke, Eisenbahnen, Hafenanlagen im russischen Reiche erworben, und diese Unterpfänder sollen nunmehr zur Begründung einer englischen „Einflussphäre“ in Nordrussland dienen mit dem weiteren Ziel, den ganzen Verkehr vom Bottnischen Busen aus über Aland und die Sunde Deutschland und Skandinavien aus den

*) Das ist richtig. Der Handel der russischen Ostseehäfen war sogar stärker als der Verkehr mit Deutschland. Beispielsweise entfielen 1911 von der Gesamteinfuhr Rigas auf England 180, auf Deutschland nur 102, von der Gesamtausfuhr des Platzes auf jenes 145, auf dieses nur 77 Millionen Mark. Es ist also klar, dass Grossbritannien umsomehr vor der Aussicht stände, den kürzesten und billigsten Verkehr mit Nord- und Mittelrussland und den Einfluss auf dessen Markt zu verlieren, je mehr Deutschland seine Macht weiter nach dem Rigaischen Meerbusen hin ausdehnte.

Händen zu manövrieren, eine nordische von London nach Petersburg ziehende und unter der Diktatur des Union Jack stehende Handels-Hochstrasse zu schaffen: ein Programm, das nach den neuesten Nachrichten von der Unterstellung der Baltischen Flotte unter britische Befehlsgewalt und des Erwerbs und der Befestigung der Kronstadt und der finnischen Küste vorgelagerten kleinen Inseln durch England bereits feste Formen gewinnt. Was aber das Gelingen eines solchen Plans für Polen bedeutete, liegt auf der Hand. Die Legende seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland ist ja längst zerstört. Dennoch ist soviel richtig, dass, erscheinen die Mittelmächte als die Mutterländer seines Handels, als Nährquellen für den Strom seines gewerblichen Aufschwungs, das Balticum und die Ukraina die Hinterländer und die natürlichen Ausmündungsgebiete dieser Flutung für die Aufnahme seiner Erzeugnisse, für deren Bewegung nach den überseeischen Absatzgebieten und zugleich für die Zufuhr der wichtigsten Rohstoffe sind. Zu früheren Zeiten machten sich diese Gesetze im Streben des Jagiellonischen Reiches nach der Gewinnung der Meeresfreiheit bald an der Ostsee, bald in der Richtung zum Schwarzen Meer hin geltend. Heute wird jeder nüchtern denkende polnische Politiker überzeugt sein, dass der Stamm seines in Freiheit neu erstandenen Vaterlandes mit den Wurzeln erst tief in der Erde Halt fassen muss, bevor die Baumkrone weit in den Himmel greifen kann und bevor — wenn überhaupt wieder — es Sinn haben kann, solche Pläne wieder aufzunehmen. Aber jener triebhafte geschichtliche Drang der Machtausdehnung und der Erweiterung des Ellenbogenraumes bleibt darum doch in Kraft: es stehen ihm Wege genug offen, in moderner, nicht auf das Schwert, sondern auf kulturwirtschaftliche Organisation und Machtentwicklung gestützter Form sich zu betätigen. Das Kampfprinzip moderner Truste und Kartelle heisst Ausschaltung und Niederwerfung jedes Wettbewerbs: ôte-toi, que je m'y mette! Das ist zugleich der Sinn englischer

Politik, wie es die Gründe seiner Beteiligung am Erdrosselungskampf gegen Deutschland und sein heutiges Programm des wirtschaftlichen Nachkrieges gleich beredt bezeugen. Aber es gibt noch ein anderes gesünderes Gesetz kaufmännischer Taktik: das eigene Geschäft aus eigener Kraft nach Möglichkeit zu entwickeln und den Wettbewerb nicht zu erwürgen, sondern mit ihm zusammenarbeiten, vertrauend, dass in der Wechelseitigkeit blühenden Handels die beste Gewähr für kräftige Entwicklung des eigenen Unternehmens gegeben ist. Und das ist der Sinn deutscher Politik und deutscher Auffassung von Bundesgemeinschaft. Es müsste aber auch das Motto der polnischen Politik sein. Die Gegensätze zwischen Polen und den Ukrainern und, wenn auch in geringerem Mass, den Litauern, Esten, Letten sind gewiss alt; über ihrer Tiefe aber sollte das Ideal des Ausbaus der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft in solcher Form ragen, dass deren vorgeschobene Grenzen möglichst dicht an das alte moskowitische Stammland heranreichten und nördlich über Riga und den Bottnischen Busen eine Brücke nach Finnland, südlich über das Schwarze Meer in breiter Frontbildung und Flankierung Russlands die Verbindung mit dem Balkan und dem kleinasiatischen Flügel des Vierbundes herstellten. Das also erscheint als die erste Aufgabe Polens beim Blick in die weltpolitischen Hintergründe der Katastrophe, die sich gegenwärtig im zarischen Reich vollzieht: das feste osteuropäische Bollwerk gegen Russland zu werden, das sich wirtschaftlich durchaus auf eigene Füsse stellt, zugleich aber kraft seiner günstigen Lage ein Zentrum, eine Strahlensammel- und Zerstreuungslinse friedlichen, nord- und südöstlich die Arme ausbreitenden Verkehrs wird, der das Widerstandsvermögen der nachbarlichen zarischen Reichs-Fremdvölker gegen das Moskowitertum stärkt und, dessen Machtsitz flankierend, zuverlässige Deckung gegen die von dorther drohende Gefahr schafft. Mit anderen Worten, es soll an erster Stelle mittätig sein an dem grossen

Werk einer die britische, auf Allgewalt über Woge und schwimmende Ware sich stützende Weltherrschaft brechenden f e s t l ä n d i s c h e n freiheitlichen Mächteorganisation, sowie der türkische Kammerpräsident Halil Bei die Wege gewiesen hat: „Das wichtigste Ergebnis dieses Krieges ist die Schaffung einer furchtgebietenden Machtgruppe, die von der Nordsee bis zum Indischen Ozean reicht."

Damit ist auf die andere Problemreihe, die von den Stufen der s t a a t l i c h e n E n t w i c k l u n g s g e s c h i c h t e zu den Fragen der modernen Machtpolitik führt, schon deutlich hingewiesen. Als 1410 die 80000 deutsche Ritter unter dem Hochmeister Ulrich von Jungingen in der Schlacht bei Tannenberg durch die Uebermacht des polnisch-litauischen Heeres geschlagen und Rotrussland und Podolien mit Polen vereinigt waren, stieg dieses zum Rang des stärksten Reiches Osteuropas empor, das nach der Lubliner Union annähernd eine Million Geviertkilometer mit allerdings nur 15 Millionen Einwohnern umfasste. Die Krone dieses ungeheuren Wahlreichs fiel 1586 an den schwedischen Prinzen Sigismund III. mit der Folge, dass ein langwieriger Krieg zwischen ihm und dem Königreich ausbrach, der erst 1660 durch den Frieden von Oliva beendet wurde und in dessen Verlauf Polen Livland und Ostpreussen verlor. Darauf kämpfte Gustav Adolph siegreich gegen Polen wie Russland, und sein Auftreten als Beschützer der protestantischen Lehre in Deutschland hatte den erhofften politischen Erfolg, dass Schweden durch den im westfälischen Frieden ihm zuerkannten Ländergewinn, der die Herzogtümer Bremen, Verden, Vorpommern, halb Hinterpommern und Wismar umfasste, zu der das ganze Ostseegebiet beherrschenden skandinavischen Vormacht wurde. Karl X. befestigte dieses Ansehen durch seine kühnen Unternehmungen gegen Alexej Michajlowitsch noch mehr; das grosse Erbe aber, das er hinterliess, wurde — schmählich! — von den Vormündern seines Sohnes, die sich im Bündnis mit Ludwig XIV.

auf trügerische Abwege voll nichtiger Gewinnhoffnungen locken liessen, vertan. So war die Bahn freigemacht für Russlands Vorstoss gegen Vordereuropa hin. Als Peter der Grosse die Regierung antrat, umfasste das zarische Reich ein Gebiet, das von Archangelsk bis Asow sich erstreckte, aber weder an das Schwarze Meer noch an die Ostsee heranreichte. Im selben herrischen Zäsarengeist, wie der erste „liberale“ Herrscher Russlands anstelle des Patriarchats seine rein weltlich-geistliche Selbstherrschaft setzte, stellte er auch das Programm zur Erhebung des Moskowiterstaats auf die Stufe eines Weltreichs ersten Ranges auf, trug sich mit grossen Plänen zur Eroberung der Türkei, Polens, selbst Persiens und wollte vor allem an der Ostsee Russland die Tür zum warmen Meer freimachen. Sein grosser Gegner Karl XII., der diesem Machtehrgeiz einen von Stockholm bis zur Krim reichenden Riegel vorschieben wollte, hätte immerhin nach den Erfolgen bei Narva und Riga einen Frieden schliessen können, der ihn zum Schiedsrichter des Nordens gemacht hätte; als er statt dessen den polnischen Lockungen folgte und nach dem Sieg bei Klissow sich immer weiter von der zuverlässigen Rückendeckung entfernte, wäre sein düsteres Ende auch ohne die Launen widriger Naturereignisse und Zufallsschicksalsschläge besiegelt gewesen. Russland hatte sein Ziel erreicht; im Frieden von Nystad gewann es Livland, Estland, Ingermanland, den grössten Teil von Finnland, Wiborgslän und Karelien und war der mit der Faust in der Tasche drohende Nachbar des von seinen Truppen verheerten Schwedens geworden. Zur Krimkriegszeit lebte dann die Idee der Ostsee-Schwarzmeerzange noch einmal in der Form auf, dass ihre Griffe von der Türkei im Bund mit England und Frankreich zusammengedrückt werden und die Backen des Zarismus zusammenquetschen sollten, dessen Drohungen gegen den Grossherrn am Goldenen Horn damals noch in London als ein unbedingt abzuwehrender Stoss gegen das Herz der eigenen Machtinteressen im

nahen Osten erachtet wurden. Aber dem zwitterhaften Kriegsergebnis entsprach der in Paris geschlossene Friedensvertrag; das Schwarze Meer wurde neutralisiert, den Donaufürstentümern Immunität zugesagt, und London hatte durch das Verbot der Befestigung der Alandsinseln nur soviel ereicht, dass Russland nicht gerade eine Helgolandfeste mitten in der Ostsee aufbaute, die der nasse Imperalismus Englands nach wie vor als ein Kampfvorgelände seiner Gebieterschaft über Nordsee und Atlantischen Ozean betrachtete. Die wenigen Erinnerungen genügen, um ein Bild der geschichtlichen Entwicklung des osteuropäischen Problems in den grossen Linien zu geben. Der Zarismus hat die Ukraina erst im 17., das Balticum, nach dem Frieden zu Upstadt, erst im Beginn des 18. Jahrhunderts, Kongresspolen an dessen Auslauf sich botmässig gemacht, und seitdem überall nicht mehr erreicht, als dass eine dünne Decke des moskowitischen Tschinoffniktums sich über die eroberten, Fremdkörper gebliebene Besitzteile ausbreitete. Die damit dem Westen drohende Gefahr, die Napoleon in das klassische Wort von dem Europa, das kosakisch zu werden drohe, kennzeichnete, wurde wohl rechtzeitig erkannt; aber alle Abwehrmassregeln scheiterten, weil sie flache, mit ungeeigneter Waffe unternommene Hiebe waren. Bald suchten fremde Eroberer, bald mehr oder weniger willkürlich nach dem Ligitimitätsprinzip zusammengeschweisste fürstliche Ligen, bald wieder moderne grossmächtliche Ringbildungen einen europäischen Limes gegen das vorrückende russische Barbarentum zu schaffen; niemals wurde die Wahrheit erkannt, dass die widerstandsfähige Untermauerung einer solchen Sperrkette nur kräftige, politisch und wirtschaftlich fest auf eigenen Füssen stehende Grenzvölker sein können. Freilich ist nicht zu verkennen, dass gerade hier die geographischen Verhältnisse in ihren zwangsläufigen politischen Rückwirkungen den Aufbau eines solchen Bollwerkes ausserordentlich erschweren. Der grossen von der Łysa Góra

bis zur preussischen Seenplatte und zu den Waldaihöhen sich hinziehenden osteuropäischen Tiefebene fehlt jede Gliederung, welche die auf ihren Triften sich tummelnden Völker von Natur in bestimmte Grenzen wiese. Dem Wanderleben der Stämme sind keine Schranken gesetzt, die Blutdurchmischung ist demgemäss ausserordentlich stark und die so entstandene Streulage der Nationalitäten ein starker Hemmschuh der politischen Sammlung, Kraftgewinnung, Selbstsicherheit. Tatsächlich hat bislang nicht Rasse, nicht Sprache, nicht Bewusstsein der Volkseigenart, sondern allein die Kirche und die auf ihrem Fundament ruhende Kultureinheit die Scheide zwischen Mittel- und Osteuropa bestimmt. Der Kampf der katholischen Kirche in erster, der protestantischen in zweiter Linie gegen die russische Orthodoxie, die nicht weniger unduldsam und machtgierig ist als der zarische Absolutismus, war im Grunde die ausschlaggebende Kraft, die dem moskowitischen Drang nach dem Westen Halt gebot. Polen als Schildhalter Roms stand an vorderster Front; ihm sekundierte im Norden Finnland. Dort entfaltete sich das Ansehen der katholischen Kirche in der ganzen Blüte ihres Gesittungseinflusses schon im 14. Jahrhundert. Reiche Ordensstiftungen, wie das berühmte Brigittinenkloster zu Nädendal, ein trefflich entwickeltes Schulwesen und die Kraft, mit der die mächtigen Bischöfe von Åbo die Interessen des Landes an fremden Höfen vertraten, sind beredtes Zeugnis dessen, und es erscheint höchst charakteristisch, dass eben das Tawastenland das einzige ist, dessen „Aktivisten“ unentwegt auch jetzt jede Verbrüderung mit den Petersburger Machthabern ablehnen. Die Reformationszeit und die Epoche schwedischer Machtblüte, hat dann den römischen Katholizismus zu Gunsten des evangelischen Glaubens verdrängt, ohne dass aber damit der griechischen Kirche ein irgendwie bedeutsamer Platz frei geworden wäre. Die Bindung zwischen beiden Ländern bildet ein völkisch, wie konfessionell gleich buntgemischtes Gebiet: auf die Litauer, die nicht sla-

vischen, sondern indogermanischen Ursprung sind, hat mit ihrer Katholisierung die polnische Kultur, auf die gleicher Rasse angehörigen Letten und die finnischen Esten mit ihrer Protestantisierung die deutsche Kultur den überwiegenden Einfluss ausgeübt: es besteht also die zwar aus sehr verschiedenem Material gebaute, aber doch tragfähige Brücke einer Kulturgemeinbürgschaft zwischen Warschau und Helsingfors, deren Verklammerungen desto fester werden müssen, je mehr Polen sich als unlösliches Glied der mitteleuropäischen Volksgemeinschaft fühlt. Anders liegen die Dinge beim Blick zum Schwarzen Meer hin. Die Ukraina wird die allgemeinen politischen Grundlagen zu der Freiheit, die ihre Bevölkerung erstrebt, sich erst zu schaffen haben; die kirchlich-kulturethischen Eckpfeiler bestehen aber auch hier schon seit ältester Zeit und haben sich unversehrt erhalten. Die ukrainisch-nationale Orthodoxie hat sich vom 13. bis 17. Jahrhundert im Zeichen der östlich vordringenden Macht der romanisch-westlichen Gesittung entwickelt; ihre Kirchenschulen waren durchaus lateinisch, ihre Bethäuser zeigen noch heute den Baustil des Romanismus. Die nationalistische Bewegung muss notwendig auf die nach Westen und Rom weisenden Ueberlieferungen zurückgreifen, und Polen hat gewiss keinerlei Ursachen, dieser Flutung sich entgegenzustemmen. Kurz, auch hier bestehen Anziehungskräfte, die sehr wohl imstande sein könnten oder sollten, die Kluft alter Feindschaft zu überbrücken und verträglichem Nebeneinanderleben eine Freistatt zu gewähren. Die Gegenwart steht im Zeichen ungeheurer Ringbildungen der Mächte: wenn man heute sieht, wie Englands Ueberimperialismus zur See sogar in der Ostsee sich Zwingburgen seiner Dreizackgewalt aufzubauen sucht, wie ihm die nordamerikanische Vormacht den Rücken deckt und wie diese wieder mit dem Erbfeind auf dem pazifischen Kampffeld sich verträgt, blos um freie Hand für die Helfershelferdienste zugunsten der Entente sich zu schaffen, dann hat man einen Begriff vom riesen-

haften Umfang dieser Trustschöpfung in der Weltpolitik. Ihren Drohungen kraftvoll zu begegnen ist nur mit gleichen Waffen möglich: wenn alter Hader beiseite geschoben, die überragenden einigenden Ziele weitblickend ins Auge gefasst und gross und den Forderungen einer schicksalschweren Zeit gemäss von allen gehandelt wird, die denselben Richterspruch der Geschichte beim Versagen gegen solches Gebot zu befürchten haben. Dieses Gesetz gilt aber vorab und unweigerlich auch für Polen. Eine gewichtige Führerrolle ist ihm zugewiesen: möge es ihr allen Schwierigkeiten, Irrungen, Wirrungen zum Trotz auf dem Weg vorwärts gerecht werden eingedenk des Römerworts: Nullum numen abest, si sit prudentia!*)

Dr. Frhr. v. Mackay.

Die Zustände im besetzten Polen und in Litauen.

Der Hauptausschuss des Reichstags wandte sich am 4. Mai der Erörterung der besetzten Gebiete Polens zu. Ein Fortschrittler brachte Beschwerden vor über die dort zu beobachtenden Preissteiderungen für Waren auf dem Wege vom Hersteller zum Verbraucher. Der Anfangspreis für Gänse sei in Polen 7 M., der Endpreis 40 M. Plüsch aus Łódź verzeichnet eine Steigerung von 5 auf 17 M. Die Waldabholzung liege in Privathänden, es bestehe keine Garantie, dass sie sich in den vorgesehenen Grenzen halte. Auch an der Ostfront besteht ein Bedarf nach Arbeitskräften. Der Redner fragt nach der Fürsorge für die Familien der eingezogenen Arbeiter und ob sich nicht rein israelitische Arbeiterkolonnen formieren liessen, um ihrer rituellen Ernährung genügen zu können. Łódź sei als Industriestadt ein Wertobjekt ersten Ranges; es darf nicht wirtschaftlich, finanziell oder technisch ruiniert werden, denn es reiche in den Kreis unserer Interessen hinein. Die Industriellen kämen finanziell in eine schwierige Lage und, von falschen Voraussetzungen ausgehend, brächten sie den ganzen Wirtschaftskörper ins Schwanken. In Polen sei

---

*) Wir verweisen auf den Zusammenhang dieser Ausführungen mit der leitenden Idee der Broschüre des Abg. Gotheim und unseres Aufsatzes: „Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat." (Poln. Bl. Nr. 57.)
Die Schriftltg.

noch Konsumkupfer genug vorhanden. dass man die Maschinen unberührt lassen könnte. Der Erlass der beiden Kaiser sei eine Tatsache, mit der man rechnen müsse. Aber die Kompetenzen würden von vornherein nicht genügend geklärt und formuliert. Wenn auch niemand wisse, was später beim allgemeinen Frieden wird, so müssten wir doch schon jetzt klare und definitive Verhältnisse schaffen.

Die Beselerschen Ideen seien politisch realisierbar, hätten aber organisatorische Voraussetzungen, zunächst die Umbildung des Staatsrats in ein wirkliches Ministerium. Wenn wir Geduld und Ausdauer hätten, die Autonomie von Kongresspolen aufzurichten, käme die wirtschaftliche Entwicklung uns mit zugute.

Ein Vertreter der Heeresverwaltung erklärte, dass solche Plüschgeschäfte, wie sie der Vorredner eben gerügt hat, nicht mehr gemacht werden. Die Holzwirtschaft bei Oberost beziehe sich in der Regel nur auf Staatswaldungen. Im Generalgouvernement Warschau seien eine Reihe von Privatforsten beschlagnahmt. Wegen Mangel an Arbeitskräften hätten Privatunternehmer herangezogen werden müssen. Für das dem freiem Handel überlassene Holz beständen Vorschriften und Preiskontrolle. Es sei nicht leicht, mit den Łódżer Industriellen zu verhandeln. Dass hier und da scharf zugegriffen werden müsse, habe seinen Grund in dem absolut notwendigen Bedarf für das Heer und darin, dass in vielen Fällen für uns notwendige Waren versteckt worden seien.

Abg. Warmuth (Dtsch. Fr.) findet dagegen die Vollmachten des Staatsrats jetzt schon zu weitgehend.

Abg. Cohen Reuss (Soz.) kritisiert scharf die Zustände in Oberost unter dem Fürsten Ysenburg-Birstein und seinem Untergouverneur York von Wartenburg. Letzterer sei endlich auch seines Amtes entsetzt worden. Der Fürst aber, der noch immer auf seinem Platze sei, habe die politische Presse unterdrückt, Spitzelwirtschaft gestiftet, die Lebensmittelversorgung vernachlässigt. — Bei der Judenbevölkeruug in Wilno sei gewiss manches schlimm, aber sie stelle ein wirtschaftlich unentbehrliches Element dar. Die Viehbeschlagnahme gehe viel zu weit, und für Getreide würden den Erzeugern Preise bezaht, die sich nachher bei der Weitergabe um viele Prozent erhöhten. Zufrieden sei die Bevölkerung dagegen mit der Rechtsprechung. Ein Fortschrittler bestätigt die Klagen über die Verwaltung in Litauen. Mit jedem Tag werde es dort ärger. Es müsse ein Wechsel an der Obersten Stelle erfolgen, ein anderer Träger des dort herschenden Systems sei ja glücklicherweise entfernt. Die polnische Industrie sei keine Exportindustrie, sondern sie stützte sich auf das grosse zollgeschützte russische Konsumtionsgebiet. Für sie wäre eine Vereinigung mit dem deutschen Zollgebiet ein schwerer Schlag: wegen der Minderleistung des polnischen Industriearbeiters sei sie nicht konkurrenzfähig. Die Uebergangszeit hindurch würde sie sich vielleicht noch halten. Dann wäre der Zusammenbruch un-

vermeidlich. Wohin dann mit der starken Bevölkerung? Wir müssen auch im deutschen Interesse die dortige Industrie lebensfähig erhalten. Aus diesem Grunde müsse der polnische Staat erweitert werden um landwirtschaftliche Gegenden. Das verlange auch das Interesse der nationalen Minderheiten auf polnischem Boden. Der Redner wiederholt die Beschwerden über das Schulwesen in Warschau, das Wahlsystem, das Unterstützungswesen, die Zusammensetzung des Staatsrates usw.

Da keiner der zuständigen Regierungsvertreter anwesend ist, wurde die Beratung abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

In der Sitzung vom 5. Mai setzte der Ausschuss die Beratung über die besetzten Gebiete fort.

Ministerialdirektor Dr. Lewald gab zunächst Auskunft über die Organisation der Verwaltung in Litauen, die der Militärverwaltung unterstehe. Der Reichskanzler habe an den tags zuvor berührten Vorgängen in Litauen ein erhebliches und allgemeines Interesse. Zwischen Reichskanzler und Oberster Heeresleitung werden Verhandlungen geführt, um die Bestellung eines ständigen Vertreters des Reichskanzlers zum engsten Zusammenarbeiten bei der Handhabung und dem Ausbau der Verwaltung zu gewährleisten; die Beseitigung der vorgebrachten Beanstandungen wird in die Wege geleitet werden. Die gegen Verwaltungsoffiziere erhobenen Beschuldigungen weist der Redner zurück.

General v. Oven teilt mit, dass von der Gesamtanbaufläche im Gebiet Oberost 1916 81 Prozent bestellt worden sind, im Westen 84 Prozent, von Rumänien sind die Zahlen noch nicht bekannt. Man begegnet vielfach der Enttäuschung, dass nicht mehr aus den besetzten Gebieten hereinkommt. Was dort für die Truppen entnommen wird, kommt aber indirekt der heimischen Bevölkerung zugute. Die Bevölkerung, die dort arbeiten muss, muss auch ausreichend ernährt werden. Die günstigen Aussichten der Ernte wurden durch das Wetter stark herabgemindert, ganz besonders bei Hafer und Kartoffeln. Reichlich war in Oberost nur das Heu, was uns über schwere Verhältnisse weggeholfen hat. Die Etappengebiete arbeiten tüchtig. Bei der Ausdehnung der Gebiete und der grossen Zahl von Leitern haben sich jedoch Schwierigkeiten ergeben, die jetzt behoben sind.

Ein Konservativer führt aus, dass die Verwaltung in Oberost eine ausgesprochen militärische sei, für das Heer, die Heimat und die dortige Bevölkerung arbeiten solle, welch letztere in allen ihren Teilen gleich behandelt werde. Leider liessen sich Härten nicht vermeiden. In Litauen liegen die Verhältnisse besonders schwierig wegen der Mischung der Bevölkerung: Litauer, Polen, Balten und Juden. Der Verwaltungschef hält fest an den ursprünglich für die Verwaltung geltenden Grundsätzen; für die Verhältnisse in Wilno ist er nicht verantwortlich. Das war Sache des Grafen York v. Wartenburg. Die schlechten Gesundheitsverhältnisse sind nicht der

Verwaltung zur Last zu legen, man kann ihrer leider nicht Herr werden, da das Fleckfieber im ganzen westlichen Russland epidemisch ist. Der Redner nimmt die Person und Tätigkeit des Fürsten Ysenburg in Schutz. Er verlangt Material über die Leistungen der Verwaltung in den besetzten Gebieten und spricht seine Sympathie für die Polen aus, für ihre alte Kultur und ihre Loyalität, ist aber enttäuscht über ihr Verhalten nach der Unabhängigkeitserklärung.

Ein Zentrumsredner wies darauf hin, dass das Gebiet Oberost so gross ist wie vier preussische Provinzen. Holt man alles heraus, was zu holen ist, so bleiben natürlich Klagen über Härten und auch Fehler nicht aus. In Wilno beschweren sich die Juden über die Polen, aber auch die Polen über die Juden. Nach seiner ganzen Weltanschauung passte Graf York nicht dahin; dagegen verteidigt ein Zentrumabg. den Fürsten Ysenburg. Die einheimischen Katholiken, insbesondere der Klerus, haben sich lobend über den Fürsten Ysenburg ausgesprochen. Die sprachlichen Schwierigkeiten, der Mangel an geeignetem Personal führen zu Klagen. In Wilno wird man stets anstossen, da man nicht alle Nationalitäten zufriedenstellen kann. Ueber Polen kann man noch kein abschliessendes Urteil abgeben. Gewisse Verwaltungezweige, zum Beispiel das Schulwesen, könnte man direkt in die Hände der Polen legen, das wäre ein guter Anfang zum inneren Aufbau Polens.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Arbg.) wies an einer langen Reihe beachtenswerter Einzelfälle nach, dass die Grundsätze, die die Militärverwaltung gestern als massgebend dargelegt habe, durchaus nicht immer so durchgeführt werden, wie es die Herren hier versprechen.

Der Kriegsminister versicherte, dass in einer durchaus menschlichen, ja freundschaftlichen Weise die Verwaltung mit der Bevölkerung verkehre, überall dort, wo die Bevölkerung durch ihr Verhalten eine solche Behandlung möglich macht.

Abg. v. Trąmpczyński schilderte, wie schwierig sich das Verhältnis der Juden zu den Polen in Litauen gestaltet habe. Für die Unterdrückung der Juden könnten die Polen nicht verantwortlich gemacht werden, da sie ja nicht die Macht in der Hand haben. Im Allgemeinen beschweren sich die Polen darüber, dass sie nicht immer genau so behandelt werden wie die Deutschen. Er beweist dies ebenfalls durch eine Reihe von Fällen. Der Vorwurf der Undankbarkeit gegenüber der Aufrichtung Polens ist zurückzuweisen. Die litauische Verwaltung verstehe nichts von den Voraussetzungen der dortigen Landwirtschaft. Die Anlage von Chausseen und Eisenbahnen ist zweifellos Kulturarbeit, aber es geschieht auf Kosten einer wenig leistungsfähigen Bevölkerung. Bei den Zwangsarbeiten werden die Polen keineswegs geschont oder begünstigt. Es muss eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden, bei der die Missbräuche und Missgriffe zur Sprache gebracht werden können. Schliesslich begründet er den Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, dass 1. sämt-

lichen im Reich beschäftigten Arbeitern aus dem Okkupationsgebiet Polens und Litauens — unbeschadet der polizeilichen, allen Ausländern gegenüber geübten Kontrolle — im Verhältnis zum Arbeitgeber die gleichen Rechte wie den einheimischen Arbeitern gewährt werden, insbesondere das Recht zum Wechsel der Arbeitsstätten; 2. diese Arbeiter nicht gehindert werden, nach Ablauf des Dienstvertrages in die Heimat zurückzukehren. Dieser Antrag ist bereits von allen Parteien unterschrieben.

Staatssekretär Dr. Helfferich wies darauf hin, dass bei der notwendigen Anspannung aller unserer Hilfsquellen naturgemäss — wie in der Heimat — so auch in den besetzten Gebieten Härten nicht vermieden werden können. Wir seien doch sogar gezwungen, im Inlande unsere Arbeiterschutzbestimmungen teilweise ausser Kraft zu setzen. Selbstverständlich seien wir eifrig darauf bedacht, Wirtschaft und Kultur der besetzten Gebiete, so gut wie es der Krieg erlaube, zu schonen. Zu ihrer Hebung sei Ausserordentliches geleistet, trotz der grossen Schwierigkeiten, die sich in der Verwaltung, insbesondere durch die Vielgestaltigkeit der Nationalitäten, entgegenstellen. Man solle mit unserem Vorgehen nur die Art vergleichen, mit der die Engländer in dem ihnen befreundeten Frankreich hausten, dessen Wälder teilweise völlig devastiert würden. Von der Errichtung der Darlehnskasse in Warschau erhofft der Staatssekretär eine günstige Wirkung auf die Abwicklung unserer Requisitionen in Polen.

Die Erörterung wandte sich dann wieder den besetzten Gebieten zu. Ein Vertreter des Kriegsamts besprach die getroffenen neuen Massnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage in Polen, die Bestimmungen über die Beurlaubung der in Deutschland beschäftigten Arbeiter, den Wechsel der Arbeitsstelle, die Stellung der Arbeiter zu den Gewerkschaften. Alle diese Massnahmen bezwecken Milderungen der vorhandenen Beschwerden, indessen — hart im Raume stossen sich die Sachen. Nach der Proklamation Polens machte sich eine Starke Heimwanderung bemerkbar, der im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und der Polen selbst entgegengetreten werden musste. Glücklicherweise ist sie jetzt abgeflaut.

Ein Fortschrittler erklärte zunächst, der Grusserlass sei nicht nur für die Offiziere lästig, sondern ein erzwungener Gruss sei auch ein Widersinn. Der Erlass sei schädlich gewesen, zumal bei einer im allgemeinen uns nicht feindlichen Bevölkerung. Die Kriegsrohstoffstelle verfahre nach vernünftigen Grundsätzen, aber im Generalgouvernement Warschau müsse man doch auf die Methoden der unteren Organe achten, damit nicht unnötige Missstimmung entstehe. Unsere alte Polenpolitik sei noch nicht vergessen und lasse eine Begeisterung für uns nicht aufkommen. Gleichwohl sei es möglich einen Staat zu schaffen, der zuverlässig auf der Seite der Zentralmächte stehe, weil der landwirtschaftliche Grundbesitz von einem solchen Anschluss grosse Vorteile haben würde. Doch dazu gehöre

Zeit. Es gebe noch viele beschäftigungslose jüdische Arbeiter, die man ohne Zwangsaushebung haben könnte, nur müsse man sie zweckmässig behandeln. Aber es geschehe nichts, es fehle an der erforderlichen Organisation. Wenn man die gesamten Verhältnisse in den besetzten Bezirken berücksichtige, sei die Stimmung der Polen durchaus begreiflich.

Der Staatssekretär Dr. Helfferich führt aus, dass es die gegebene Richtlinie für unsere Verwaltung sei, die deutschen und die polnischen Interessen nach Möglichkeit zu vereinbaren. Der Pflege und Mehrung der Interessen des besetzten Landes seien aber Grenzen gezogen an den harten Erfordernissen des Krieges, in dem es sich für Deutschland um Sein und Nichtsein handle. Schöne Worte an die Polen zu richten, wie es Wilson getan habe, sei leicht und billig auch für Franzosen und Engländer, für die kein eigenes Interesse auf dem Spiele stehe, und auch für die Russen, nachdem Polen für sie militärisch verloren war. Wenn man bedenke, in welchem Zustand die Russen uns Polen überlassen haben, könne unsere Verwaltung schon heute auf beträchtliche Erfolge hinweisen. Wo die Rohstoffverhältnisse es erlaubten, seien Fabriken wieder in Betrieb gesetzt, die Landwirtschaft sei wiederbelebt, Strassen seien gebaut worden; dass unter russischer Herrschaft im Argen liegende Schulwesen werde kräftig gefördert. Unsere Massregeln auf sanitärem Gebiete haben Flecktyphus und Cholera aus dem vorher verseuchten Lande verschwinden lassen. Auf politischem Gebiete haben wir durch Schaffung und Belebung einer kommunalen Selbstverwaltung Grundlagen für die Zukunft geschaffen. Bei ihren Klagen, die eben aus den Verhältnissen des Krieges zu erklären seien, dürften die Polen nie vergessen, dass ihr Vaterland nur uns und unseren Siegen eine künftige Selbständigkeit verdanken könne, folglich sei es nur gerecht und notwendig, dass sie an den Opfern dieses schweren Krieges mittrügen. Wenn man alles in allem nehme, nicht nur dass Gut, sondern auch das Blut, dann könne man sagen, dass die von Polen getragenen Opfer nicht an die Opfer heranreichen, die Deutschland sich auferlege. Der polnische Staatsrat, gewissermassen die Urzelle des künftigen polnischen Staatswesens, sei mit beratenden Befugnissen bei der Gesetzgebung ausgestattet, ferner mit der Mitwirkung an der Schaffung staatlicher Einrichtung betraut und werde schliesslich bei der Ausübung der Verwaltung in dem Umfange, den die Verhältnisse gestatteten, herangezogen. Die Ungeduld der Polen auch dem Staatsrate gegenüber und der Vorwurf, dass der Ausbau des Staatswesens zu langsam vor sich gehe. sei begreiflich. Allein abgesehen von den Kriegsverhältnissen mache die grosse Zersplitterung Polens auf dem Gebiete der Konfessionen, Nationalitäten und vor allem auch der Parteien im Verein mit dem gänzlichen Mangel an geschulten polnischen Beamten, die erst herangebildet und einstweilen durch deutsche Beamte ersetzt werden müssten, diese Aufgabe doppelt schwie-

rig. Der Staatssekretär bespricht ferner die Möglichkeiten anderer Lösungen der polnischen Frage, die sämtlich zu unbefriedigenden und unerwünschten Ergebnissen führen würden. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die von den Zentralmächten mit der Proklamation vom 5. November 1916 angekündigte Polenpolitik auch heute noch die einzig richtige und mögliche sei.

Ein Volksparteiler lobt die idealistsche Tätigkeit der deutschen Beamten in Polen und fragt, warum sie auf die polnische Bevölkerung so wenig Eindruck mache. Gewisse Dinge der Verwaltung müssten dem werdenden Staat, z. B. dem Staatsrat, in die Hand gegeben werden, schon, um die Okkupationsverwaltung zu erleichtern. Ob Polen als Industriestaat anzusehen sei, erscheine zweifelhaft, der bäuerlich agrarische Bestandteil überwiege und werde auch wirtschaftlichen Anschluss an die Mittelmächte gewinnen. Die Bildung eines polnischen Heeres sei schon deshalb notwendig, damit das Land bei der zu gewährenden Autonomie nicht ohne Heer dastehe. Empfehlenswert sei der Abschluss eines Militär- und eines Handelsvertrages aller mitteleuropäischen Mächte, Polen eingeschlossen.

Ein sozialdemokratischer Redner vertrat die Ansicht, dass die gesamten Fragen des Ostens nur in freundschaftlichem Benehmen mit Russland geregelt werden könnten. Auch er habe nie bestritten, dass die deutsche Verwaltung in Polen wesentliche Verbesserungen erreicht habe. Aber über dieser Lichtseite dürfen die Schattenseiten nicht vergessen werden. Es müsse endlich festgestellt werden, welche Behörden in der Verwaltung Polens das entscheidende Wort sprechen. Ueber Fürst Ysenburg-Birstein als Verwalter von Oberost müsste doch in dem einem Punkt Uebereinstimmung bestehen, dass er ganz und gar nicht der Aufgabe gerecht werde, die ihm mit diesem Posten anvertraut sei. So habe er an die deutsche Regierung über die Juden einen Verwaltungsbericht gerichtet, der überaus oberflächlich und engherzig sei. — Abg. Werner-Giessen (Antis.) zieht gegen die Juden zu Felde. — Prinz Schönaich-Carolath (natl.) erinnert daran, dass seine Partei niemals Hoffnungen auf die Polen gesetzt habe und stets die Verantwortung für die Massnahmen zur Begründung eines polnischen Staates abgelehnt habe. — Abg. Gothein (Vp.) trägt eine Reihe Tatsachen vor zum Beweise dafür, dass der Gouverneur Fürst Ysenburg völlig versage. — Abg. v. Trampczyński (Pole): Die Grundsätze, die vom Kriegsministerium für die Behandlung der polnischen Arbeiter aufgestellt seien, würden nur zu oft nicht durchgeführt. Was er verlange sei, dass Polen nicht als Feinde und das polnische Land nicht als Feindesland behandelt werde. — Abg. Dr. Cohn-Nordhausen beweist, dass seine Vorwürfe über die Zustände in Polen berechtigt seien.

Ein Konservativer führte aus, ein allgemeines Grussgebot bestehe nicht, wo es bestand, sei es aufgehoben. Aus eigener Kenntnis der Verhältnisse bestreitet er, dass die Zwangsarbeit unter un-

günstigen Bedingungen erfolge. Er bedauert, dass infolge der Verschleppung durch die Russen der jüdische Grosshandel fehlt.

Ein Nationalliberaler lehnt die Verantwortung für die Verhältnisse ab, die sich in Polen herausgebildet haben, bei aller Anerkennung der Erfolge, die die Verwaltung auf allgemeinem Kulturgebiet sich während der Okkupation erworben hat. Der zukünftigen Gestaltung Polens ständen seine Freunde mit kühler Ruhe gegenüber. Die gegenwärtige Gestaltung sei nicht glücklich. Er habe die preussische Polenpolitik niemals mitgemacht, weil sie ihm unrichtig erschienen sei. Durch Grussgebote sollen nicht neue Gesslerhüte aufgesteckt werden, weder in Belgien noch in Polen.

Ein Mitglied der Fortschrittler trat nochmals für entsprechende Behandlung der Juden in Litauen ein, die nicht schlechter sein dürfe als die der Deutschen. Zahlreiche Arbeiter in Litauen würden gern nach Deutschland gehen, dürften aber infolge eines Bismarckschen Erlasses von 1880 nicht nach Deutschland hinein. In oberschlesischen Hüttenwerken arbeiten Juden sehr zufriedenstellend.

General Friedrich erklärte auf eine Anfrage, dass den Kindern, die aus den geräumten Gebieten ins Etappengebiet oder nach Belgien zurückgeführt sind, die grösste Sorgfalt zugewendet werde. Sobald es irgend möglich sei, werden sie wieder entlassen werden. Das Schicksal der Kinder sei in guten Händen.

Angenommen wurde die von allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen unterstützte Resolution von Trąmpczyński (Pole), den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, dass sämtlichen im Reich beschäftigten Arbeitern aus dem besetzen Polen und Litauen, unbeschadet der polnischen Ausländerkontrolle, im Verhältnis zum Arbeitgeber gleiche Rechte wie den einheimischen Arbeitern gewährt werden, insbesondere das Recht zum Wechsel der Arbeitsstätte, und dass diese Arbeiter nicht gehindert werden, nach Ablauf des Dienstvertrages in die Heimat zurückzukehren.

Nach der russischen Revolution.

Petersburger Polen für den Warschauer Staatsrat.

Aus Stockholm wird an den Warschauer „Głos“ berichtet: Am 2. April wurde in Petersburg die erste polnische Tagung der Unabhängigkeitsvereinigung (Zrzeszenie niepodległościowe) einberufen, um das bereits nach Ausbruch der Revolution gebildete Demokratische Komitee zu fördern. Den Saal füllte dicht ein aus allen sozialen Schichten zusammengesetztes Publikum.

Zum Vorsitzenden wurde Herr Piotrowicz, zu Assessoren die Herren Ziabicki, Niedzwiecki, Karski und Glejsztor gewählt.

Eine lange Rednerreihe eröffnete General Babianski, indem er beantragte, die Polen mögen sowohl Russland wie der ganzen Welt gegenüber offen ihre Forderungen stellen. Nach ihm sprach Herr Skąpski; er erörterte die Entstehung der „Unabhängigkeitsvereinigung“ und erklärte, dass der in der Hauptstadt Polens, Warschau, residierende Staatsrat unsere einzige Regierung sei, deren Direktive uns verpflichtet. Diese Erklärung wurde unter stürmischen Beifall aufgenommen.

Nachher sprachen: Herr Łukaszewicz im Namen der Jugend, Herr Jan Dąbrowski im Namen des Demokratischen Komitees, Herr Więckowski als Repräsentant der alten Kolonie, der darauf hinwies, dass zum Epigonen des Adels, der seit einem Jahrhundert für die Freiheit aller Völker gekämpft, nun das polnische Proletariat geworden ist; schliesslich Herr Rakmann, der seine Rede mit einer kategorischen Wendung schloss: wir müssen einen polnischen Staat haben.

Herr Podkowski verlas die Deklaration des „Sokół“, der die Entstehung des Demokratischen Komitees begrüsste und dessen bisherige Tätigkeit approbierte. Vertreter der Sozial-Demokratie, Herr Cieśliński, hat durch seine Rede sehr widersprechende Gefühle ausgelöst.

Herr Jerzy Jankowski, der mit ihm polemisierte, erklärte. dass nicht das Volk, nicht die Arbeiterschaft, vielmehr die ganze Nation an dem Aufbau des künftigen demokratischen Polens arbeiten wird. (Stürmischer Beifall). Der Redner ermahnte zur Einheit und zur Bildung polnischer Organisationen in der Emigration, die mit dem Heimatlande in Fühlung bleiben sollen. „Denn nicht nur in der Heimat lebt die Nation — sie lebt überall, wo der polnische Gedanke rege ist“ — schloss er seine Ausführungen.

Die polnischen Sozialisten Galiziens und Oesterreich-Schlesiens.

Das Blatt „Sozialdemokraten" veröffentlicht folgenden Aufruf, den der hiesige sozialistische Verband zur Veröffentlichung und Absendung an die russischen Parteigenossen erhielt:

Parteigenossen! Das grosse und heilige Revolutionswerk zum Umsturz des russischen Zarismus ist vollendet. Durch eure Kraft und mit eurem Blute als Einsatz ist die Welt in ihren Grundfesten erschüttert und erfolgte die Verkündigung einer neuen Zeit in der Menschheitsgeschichte. Ihr habt den Völkern der Welt das Vertrauen eingeflösst, dass das befreite russische Volk sich für einen Frieden erklären wird, der auf der Freiheit und der Unabhängigkeit der Nationen, auf der Demokratie und Solidarität der Welt beruht, und dass die Revolution in Russland stärker sein wird als imperialistische Losungsworte und Ziele, die Europa durch den blutigen Massenmord des Krieges zerstörten. Schliesslich habt ihr dem Volk gegenüber Worte gesprochen, die unser nationales Recht auf Unabhängigkeit der Staaten feierlich anerkennen, Worte, die bis jetzt auszusprechen niemand in Russland die Seelenkraft besass. Russische Kameraden! In eurem mühsamen und blutigen Kampfe für Unabhängigkeit, für vollständige Gleichberechtigung der grossen Familie der freien Völker in der Welt haben eure Taten und eure Losungsworte unsere Stärke hundertfach vermehrt. Noch konnten diese Losungsworte nicht volle Wirkung erreichen, aber das blutende Europa beginnt bereits von Frieden zu sprechen, und die Herrscher beginnen ihr Haupt vor den Armeen und dem arbeitenden Volk zu neigen. Unser gemeinsamer Feind, der Zarismus, ist vor unseren gemeinsamen Schlägen gefallen. Wir waren beseelt von Sehnsucht nach demselben Ziel, obwohl wir oft einander nicht kannten. Auf den Ruinen des Zarismus reichen wir euch die Bruderhand und bringen wir euch unsere Huldigung und unseren Dank dar. Möge es uns vergönnt sein, uns solidarisch in der Arbeit für eine

grosse Zukunft zu zeigen, die Krieg und Knechtschaft ein Ende machen soll.

Krakau, 15. April.

Der Vorstand der polnischen sozialdemokratischen Parteien Galiziens und Oesterreich-Schlesiens.

Das Schreiben wurde sofort an Tscheidse nach Petersburg weitergesandt.

Gegen eine neue Intrige.

Die russischen Blätter veröffentlichten kürzlich Aufrufe einzelner Organisationen zur Bildung einer besonderen polnischen Armee in Russland. Die Petersburger „Börsenzeitung“ bezeichnet nunmehr das Zustandekommen einer derartigen Armee infolge des Widerstandes der polnischen Demokraten und Sozialisten als unmöglich.

Liquidierung der Angelegenheiten des Königreichs Polen.

Die mit der Liquidierung der Angelegenheiten des Königreichs Polens betraute Kommission, hat bereits im Winterpalast ihre Tätigkeit angetreten. Nach einem feierlichen Zeremoniell hielt Ministerpräsident Fürst Lwow eine Rede in der er erklärte, dass diese Kommission und ihre Tätigkeit, Sinnbild und Bürgschaft der klaren und festen Grundsätze seien, auf denen sich fortan das gegenseitige Verhältnis der beiden Schwesternationen stützen soll. Die Kommission habe nicht nur die früheren Einrichtungen und Angelegenheiten, sondern auch die polnisch-russischen Zwistigkeiten und Missverständnisse zu liquidieren.

Eine neue Organisation in Petersburg.

In Petersburg bildete sich eine Organisation der „Vertreter sämtlicher Garde-Regimenter“. In einer ihrer Entschliessungen billigt die neue Organisation die Schaffung eines „unabhängigen Polen“.

Auch ein Polenfreund.

„Dziennik Petrogradzki“ vom 5. April berichtet: Prof. Masaryk sandte an Miljukow ein Telegramm, in welchem er im Namen des böhmisch-slowakischen Komitees die russische Revolution begrüsst. Der böhmische Professor schreibt u. a.:

„Das verjüngte Russland wird ein vereinigtes Polen schaffen, das Russland unterstehen soll.“

„Dziennik Petrogradzki“ macht da eine Bemerkung: Warum Polen vom böhmischen Standpunkt aus, durchaus Russland zu unterstehen habe, darüber gibt Herr Masaryk keinen näheren Aufschluss.

Neue polnische Zeitschriften in Russland.

In Moskau wurde eine neue polnische Zeitschrift gegründet: „Wolność“. Zur Aufgabe stellt sich das neue Organ die Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klassen. In Kijew wird ein Tageblatt herausgegeben: „Gazeta Narodowa“. Aus der Mitarbeiterliste zu schliessen, ist es ausgesprochen ein Unabhängigkeitsorgan.

Die wirtschaftliche Lage im Königreich Polen während des zweiten Halbjahres 1916.

Im Heft III und IV der Warschauer Vierteljahreszeitschrift „Ekonomista“ für das Jahr 1916, das soeben erschienen ist, finden wir eine wertvolle Uebersicht der wirtschaftlichen Lage im Königreich Polen während des zweiten Halbjahres 1916 (von Dr. F. Doleżal), aus der wir das für unsere Leser wissenswerteste anführen:

Die schwere wirtschaftliche Krisis, die während der beiden ersten Kriegsjahre das Königreich Polen durchzumachen hatte, dauerte auch im fünften Halbjahre der Kriegsdauer an.

In der Industrie hat der Mangel an Rohstoffen, Maschinen, Riemen und dergl. jede Tätigkeit fast un-

möglich gemacht. Eine Ausnahme bildete lediglich die Nahrungsmittelindustrie und gewisse Zweige der Metallindustrie, die zum Teil, im Zusammenhang mit den Kriegsbestellungen oder infolge Nachfrage nach Waren, die die requirierten Stoffe ersetzen sollen, tätig sein konnten. Im allgemeinen überstieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter 10% der normalen nicht. In ähnlicher Weise lag auch das Gewerbe danieder, infolge der ungeheuren Preissteigerung der Rohmaterialien und der geringen Nachfrage.

Im Handel nahm die Verarmung der breiten Volksmassen zu, die Lebensmittelpreise stiegen dermassen an, dass sie die Kaufkraft der Bevölkerung fast ganz in Anspruch nahmen, infolgedessen haben sich die Handelsumsätze und die Zahl der Handelsunternehmungen sehr verringert. Diese Erscheinung nahm noch zu im Zusammenhang mit der Erschöpfung der Warenvorräte, dem weiteren Ansteigen der Preise und der Verminderung im Zuströmen der Provinzkundschaft.

Auch der städtische Immobilienbesitz durchlebte eine scharfe Krisis, infolge der fallenden Zahlungsfähigkeit der Mieter, Pächter und dergl.

Der einzige Wirtschaftszweig des Landes, der verhältnismässig gute Resultate ergab, war die Landwirtschaft, wobei eine gewisse Verminderung der Produktion durch das bedeutente Ansteigen der Preise landwirtschaftlicher Nährfrüchte ausgeglichen wurde.

Im Bankwesen hat die durch die Besitzer der Bankeinlagen eingenommene Stellung, sowie gleichzeitig das Fehlen einer gemeinsamen Reserve in Gestalt einer Emmissionsbank, die Notwendigkeit einer amtlichen Verfügung der Okkupationsbehörden in Sachen der Rückzahlung der Bankeinlagen hervorgerufen. Diese Verfügung beschränkt die Höhe der Rückzahlungen und sieht noch einige andere Massnahmen vor.

Gleichzeitig mit der andauernden Krisis, entwickelte sich im Lande eine sehr intensive Tätigkeit der Berufsgenossenschaften, die Gegenmassnahmen gegen die zer-

störenden Folgen der wirtschaftlichen Krisis vorschlagen und Richtungslinien für die Kriegsfolgezeit aufzeichnen sollten. Diese Tendenzen kamen in zahlreichen Kongressen der Berufsverbände zum Ausdruck.

Von den wirtschaftlich wichtigeren Verfügungen der Okkupationsmächte wären folgende zu erwähnen: das Gesetz über die Anmeldung des Vermögens feindlicher Angehöriger, das ausser dem mobilen und immobilen Besitz auch sämtliche Rechte an Unternehmungen und Vermögensforderungen umfasst; das neue Zollreglement und der neue Zolltarif; die endlich geregelte Frage des Firmenregisterwesens; die Einrichtung der Polnischen Landesdarlehnskasse; die Besteuerung der Industrie und des Handels; das neue Stempelgesetz, das die Zahl der der Besteuerung unterliegenden Dokumente erhöht und die Gebühren beträchtlich vergrössert; die Verfügung über die Verpflichtung der zuständigen Gemeinden, bedürftige Personen vorläufig zu unterstützen, wobei diese letzte Verfügung hauptsächlich durch die industrielle Krisis hervorgerufen worden ist.

Der denkwürdige Akt des 5. November 1916, der die Grundlage zum neuerstandenen polnischen Staat gelegt hat, konnte naturgemäss auf die wirtschaftliche Lage des Landes noch keinen besonderen Einfluss ausüben.

✱✱✱✱ Vom Büchertisch. ✱✱✱✱

Dr. Rudolf Langrod und Carl Junker: Sammlung der Verordnungen für die unter k. u. k. Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens. Wien. Manz'sche Hof-Verlags- und Universitätsbuchhandlung. — Ein Buch von grossem Wert für alle, die in diesem Gebiete wohnen, sich daselbst zeitweise aufhalten oder mit ihm in Berührung kommen. Die Verfasser haben in klarer übersichtlicher Weise all das zusammengefasst, was an Gesetzesvorschriften in der Zeit bis September 1916 erlassen wurde. Nach einer sachlichen historischen Uebersicht werden in der zeitlichen Reihenfolge die Gesetze und Amtsblätter sowie die in denselben enthaltenen Verordnungen und Vorschriften angeführt, welche sich auf die politische Ver-

waltung, Steuerwesen, Gerichtswesen, Post- und Telegraphenwesen beziehen. Im Nachtrage werden die nach der Zeit der Fertigstellung der Sammlung (November 1916) erlassenen Verordnungen angeführt.

Dr. L.

NOTIZEN.

Politisches.

Das österreichische Kaiserpaar in Galizien. Kaiser Karl hat die tapferen Truppen der 3. Armee in Ostgalizien inspiziert und bei dieser Gelegenheit mit seiner jugendlichen Gemahlin die Stadt Krakau besucht. Sämtliche Bevölkerungsschichten des Landes beeilten sich, dem Kaiserpaar die aufrichtigsten Huldigungen darzubringen; besonders feierlich gestaltete sich die Begrüssungsfeier in Krakau.

Schon in der Begrüssungsrede des Stadtpräsidenten, Exz. Leo, liessen sich politische Akzente vernehmen. Zum vollen Ausdruck gelangten sie in der Rede des Obmannes des Polenklubs des Wiener Reichsrats; Exz. v. Biliński sagte u. a.

„Eurer Majestät unvergesslicher Vorgänger auf dem Throne, der gütigste, edelste Schützer des so unglücklichen polnischen Volkes, hat in seiner hohen staatsmännischen Weisheit als erster in Europa die Bedeutung des polnischen Volkes für die Monarchie und die westeuropäische Kultur erkannt. Er förderte durch ein halbes Jahrhundert unsere nationalen und kulturellen Bestrebungen mit väterlicher, nie versagender Huld und erwarb sich in allen polnischen Herzen Gefühle innigster kindlicher Liebe und unversiegbarer Dankbarkeit.

„Wir haben bereits dankbarst vernommen, dass Eurer Majestät für alles Edle so empfängliche Herz von denselben Gesinnungen für unser Volk beseelt ist, welche dem Herzen Seiner Majestät des höchstseeligen Kaisers Franz Josef eigen waren. Fast in den letzten Tagen seines in der Weltgeschichte gross verzeichneten Lebens hatte der höchstseelige Monarch dem polnischen Volke zwei hochbedeutende Staatsakte gewidmet: Das im Verein mit Allerhöchst seinem mächtigen Verbündeten erlassene Manifest über die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates und das allerhöchste Handschreiben über die Neugestaltung Galiziens. Das ganze polnische Volk wird Euer Majestät für die allergnädigste Verwirklichung des auch den Interessen der Monarchie dienenden grossen politischen Erbes die tiefste Dankbarkeit bewahren.“

Die Antwort des Kaisers lautete:

„Mit besonderer Freude höre ich die Kundgebung bewährter Ergebenheit und Anhänglichkeit, die Sie Mir namens der polnischen

parlamentarischen Vertretung zum Ausdruck bringen, und nehme gern den Anlass wahr, mit vollster Anerkennung der Treue zu gedenken, die Ihr Land in schwerer Kriegsbedrängnis erhärtet hat. Seien Sie meines wärmsten Verständnisses für die Bedürfnisse Ihrer Heimat in dieser grossen, schweren Zeit sicher.

Das von gegenseitigem Vertrauen erfüllte persönliche Verhältnis, das sich zwischen weiland Meinem erlauchten Grossoheim und den Polen herausgebildet, will Ich Mir erhalten. Von aufrichtigen Sympathien für die polnische Nation beseelt und ihre Gefühle verstehend, will Ich an dem neuerrichteten polnischen Staat mitbauen und das Handschreiben Meines hochseligen Vorgängers vom 4. November 1916 verwirklichen. Möge das Land darin ein gewichtiges Zeichen Meines hervorragenden Vertrauens erblicken, wodurch die Eintracht der beiden das Land bewohnenden Völker geschaffen und Galizien um so inniger Mir und Meinem Hause verbunden werden soll."

Der Nationalfeiertag in Warschau. Der Nationalfeiertag am 3. Mai, der seit der Vertreibung der Russen aus Polen wieder begangen werden kann, ist auch in diesem Jahre in Warschau in festlichster Weise begangen worden. Strassen und Plätze prangten in reichem Flaggenschmuck. Der Erzbischof zelebrierte ein Hochamt in der St. Jans-Kathedrale, wo eine festliche Menge mit dem Staatsrat an der Spitze und Vertreter der Behörden, sowie Offiziere und Mannschaften des polnischen Hilfskorps sich versammelt hatten. Nach dem Gottesdienst zogen die polnischen Truppen mit klingendem Spiel, von der Bevölkerung lebhaft begrüsst. durch die Strassen. Im Rathause fand mittags ein Festakt statt, bei dem der Stadtpräsident Fürst Lubomirski und der Stadtverordnetenvorsitzende Suligowski, patriotische Ansprachen hielten Der Festausschuss, dem u. a. Kronmarschall Niemojowski und die Staatsratsmitglieder Brigadier Pilsudski und Sliwiński angehören, veranstaltete nachmittags eine sogenannte „Akademie" in der Universität und verband mit der Nationalfeier die Enthüllung eines Denkmals für Professor Schubert, der vor hundert Jahren den Warschauer Botanischen Garten geschaffen hat. In den Kirchen fanden Festgottesdienste statt. Zahlreiche Vereine und politische Organisationen hielten feierliche Versammlungen ab. Festvorstellungen in den Theatern bildeten den Abschluss des Tages. Alle Schulen hatten frei, die Amtsräume der Behörden waren geschlossen. Für die Legionen wurde am Erinnerungskreuz, für die Opfer 1863 auf den Wällen der Zitadelle eine Feldmesse abgehalten.

* * *

Anlässlich der Feier des 3. Mai veranstaltete die Frauenliga eine Festlichkeit für die polnischen Legionäre. Die Eröffnungsrede hielt Dekan Parczewski, indem er eine Parallele zwischen der Verkündung der Verfassung vom 3. Mai und dem gegenwärtigen Zeit-

punkte durchführte; er sagte u. a.: „Eins ist sicher, dass die beste Orientierung diejenigen fanden, welche sich in Reih' und Glied gestellt haben. Es gibt keinen Staat ohne Armee, es gibt kein Polen ohne Heer. Vor 126 Jahren dachten unsere Vorfahren an die Wiedererstehung Polens, vergassen aber aus Geringschätzung eine Armee zu bilden. Kościuszko gelang es kaum, 6000 Mann gegen 20000 Russen aufzustellen. Wenn wir heute die Feier begehen, so dürfen wir auch diesen wichtigen Umstand nicht vergessen, damit er sich nicht wiederhole". Dann folgten ein Vortrag über die Verfassung am 3. Mai sowie künstlerische Aufführungen.

Generalmajor Graf Szeptycki, zum Militärgeneralgouverneur des österreichischen Okkupationsgebietes Polen ernannt, hat an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, der in folgenden Worten ausklingt:

„Noch ist die Zeit der Prüfung nicht vorbei und doch ersteht schon der polnische Staat, und unter dem Zeichen des weissen Adlers, den die polnischen Legionen durch eine Reihe ehrenvoller Schlachten hochgehalten haben, leuchtet ein neues, gebe Gott, für dieses Land doppelt glückliches Zeitalter Polens."

„Möge die Ueberzeugung, dass das polnische Volk immer rascheren Schrittes der Verwirklichung seiner Ideale zustrebt, der leitende Gedanke bei der gemeinsamen Arbeit sein."

Ein Kardinal für Polen. Die polnischen Blätter melden die bevorstehende Ernennung des Warschauer Erzbischofs Kakowski zum Kardinal für Polen.

Die Kriegsziele im Osten wurden in einer Mitgliederversammlung des nationalliberalen Hauptvereins Berlin von Justizrat Wagner einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Er bezeichnete als unser Kriegsziel im Osten den Schutz unserer Grenzgebiete gegen die russische Dampfwalze, die Schwächung Russlands und die Loslösung der besetzten Gebiete von Russland. Ausführlich ging der Redner dann auf die Polenfrage ein, wobei er vor einer ungesunden Polenschwärmerei warnte und Bedenken gegen die Errichtung des Königreichs Polen äusserte. Er warnte davor, durch weiteres Entgegenkommen der Begehrlichkeit der Polen Vorschub zu leisten; denn jede Bevorzugung der Polen bedeute eine Zurücksetzung der Deutschen. Er verlangte ferner, das Preussische Abgeordnetenhaus solle eine Klärung der polnischen Frage herbeiführen, und zwar nach der Seite der polnischen Armee, nach der Seite des Ausbaues des staatsrechtlichen Verhältnisses zu dem neuen Königreich Polen und nach der Seite weiterer Zugeständnisse an die Polen in der Ostmark. Im Verlauf der Aussprache kamen auch abweichende Ansichten zu Wort. U. a. wurde betont, dass die Kriegsziele im Osten und Westen nicht getrennt von einander behandelt werden dürften.

Die polnischen Sozialisten in Krakau haben in einer grossen Maimanifestation folgende Entschliessungen gefasst:

Die am 5. Mai 1917 versammelten Männer und Frauen, Bürger der Stadt Krakau, betrachten den Tag des Arbeiterfestes als Demonstration für internationale Verbrüderung aller Nationen der Welt und für den Völkerfrieden.

Bedingung der Verbrüderung und dauerhafte Grundlage des Friedens kann nur die Völkerfreiheit sein, gestützt auf Regierungen der sozialen Gesamtheit.

Als Söhne und Töchter einer geknechteten und zerrissenen Nation, fordern wir für Polen ein freies und unabhängiges staatliches Dasein. Das Ergebnis des Weltkrieges in den polnischen Landen kann nur ein unabhängiges, demokratisch regiertes Polen werden!

Von der Hoffnung durchdrungen, dass der nahe Weltfrieden dieses unser nationale Recht verwirklichen wird, gedenken wir mit Ehrfurcht und Dankbarkeit der Befreiungstat der russischen Revolutionäre, die das Zarat, den grössten Feind der Menschheit, Russlands und Polens gestürzt haben!

Es lebe der Weltfrieden!

Es lebe die internationale Brüderlichkeit der Völker!

Es lebe das unabhängige Polen!

Frauenwahlrecht in Galizien. Unter Führung der Frau Sophie von Moraczewska, Gattin des Reichsratsabgeordneten v. Moraczewski, erschien im Polenklub eine Abordnung der Frauenliga des Obersten Polnischen Nationalkomitees, um im eigenen und im Namen mehrerer anderer Frauenorganisationen, unter Hinweis auf die hervorragende Tätigkeit, welche die Frauen während des Krieges in selbständiger Weise entwickelt haben, beim Präsidium des Polenklubs die Forderung vorzubringen, dass im Falle einer Sonderstellung Galiziens, den Frauen allgemeines aktives und passives Wahlrecht zuerkannt werde.

Der Abordnung, welche vom Obmann Exz v. Biliński und Obmannstellvertretern Daszyński und German empfangen wurde, wurden die Bestimmungen des Sonderstellungsentwurfes mitgeteilt, wonach Frauen in selbständigen Berufen aktives Wahlrecht eingeräumt wird. Der weitere Ausbau des Wahlrechtes muss der künftigen Gestaltung des politischen Lebens anheimgestellt werden

Verwaltung.

Graf Szeptycki General-Gouverneur der österreichisch-ungarischen Okkupation. An Stelle des zurückgetretenen Generalfeldzeugmeisters Kuk wurde der bisherige Kommandant der polnischen Legionen, Graf Szeptycki, zum Generalgouverneur in Lublin ernannt.

Arbeitsinspektionen im Königreich Polen. Der Provisorische Staatsrat hat auf Antrag des Arbeitsdepartements beschlossen, den Okkupationsbehörden die Notwendigkeit folgender Massnahmen nahezulegen: den zentralen Gewerkschaftsvereinen ist die Bildung von provinziellen Organisationen und der Zusammenschluss zu Verbänden zu ermöglichen, ferner sind die Zensurerschwerungen bei dem Austausch der Korrespondenzen, Schriftstücke u. drgl. zu beseitigen.

Die beim Arbeitsdepartement bestehende Kommission für Arbeiterschutz bearbeitet ein Projekt der Fabrikinspektion im Königreich Polen. Es sind vorläufig 4 Bezirke: Warschau, Łódź, Dombrowa und Lublin in Aussicht genommen. An der Spitze stehen General-Inspektoren, denen für den Anfang 13 Inspektoren unterstellt werden. Zu den Inspektoraten werden auch Assistenten und Assistentinnen aus den Kreisen der Arbeiter hinzugezogen werden

Die Wiedereinbürgerung ehemaliger Reichsangehöriger oder deren Angehöriger kann, wie die Deutsche Lodzer Zeitung von zuständiger Seite erfährt, beim deutschen Polizeipräsidium in Łódź beantragt werden. Die Deutsche Post, das Organ des deutschen Vereins für Łódź und Umgegend, weist auf die Bedingung hin, dass möglichst alle Urkunden über die frühere Staatsangehörigkeit der Antragsteller oder ihrer Vorfahren beizubringen sind. Das Blatt befürchtet, dass unter dieser Bedingung den Deutschen in Polen die Wiedereinbürgerung kaum möglich sein wird, da nur wenige imstande sein werden, ihre frühere Zugehörigkeit zu einem deutschen Bundesstaat durch Schriftstücke zu beweisen.

Zeitungen für Polen. Zum Postvertrieb aus Deutschland nach dem Generalgouvernement Warschau sind fortan widerruflich alle Tageszeitungen in deutscher oder fremder Sprache, alle Zeitschriften in deutscher Sprache, sowie eine beschränkte Auswahl von fremdsprachigen Zeitschriften zugelassen worden.

Kultur.

Die Tätigkeit des deutschen Zentralen Hilfskomitees für die Notleidenden in den von den deutschen Truppen besetzten Teilen Polens. Das anfangs 1915 gegründete Komitee hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Wunden, die der Krieg dem Lande geschlagen hat, heilen zu helfen. Vorsitzender ist der Fürst von Hatzfeld, Herzog zu Trachenberg. Das Komitee hat in ganz Deutschland Sammlungen veranstaltet und bisher über eine Million Rubel nach dem General-Gouvernement Warschau übergeführt. Die Verteilung geschah durch den Verwaltungschef und die ihm unterstellten Kreischefs. Es wurden, unter Hinzuziehung der örtlichen Wohltätigkeitsvereine, Lebensmittel an die Armen, Volks- und Armenküchen verteilt. Auch Kinder-, Siechen- und Altersheime erhalten Zuschüsse, deren sie zum Unterhalt

dringend bedürfen. In einem durch die Unterstützung der Hilfskomitees begründeten Kriegswaisenhaus in Łódź fanden 100 Kinder Aufnahme, ausserdem werden dort täglich 1000 Personen und mehr gespeist. Besonderer Dank gebührt dem Schatzmeister des Hilfskomitees, Herbert M. Gutmann, Direktor der Dresdener Bank, der es verstanden hat, die weitesten Kreise für die gute Sache zu interessieren und somit dem Komitee die erforderlichen Mittel zuzuführen.

Höhere polnische Lehrkurse in Kiew. In Kiew wurden private polnische höhere Unterrichtskurse eröffnet, die von polnischen Professoren organisiert wurden. Direktor dieser Kurse ist der ehemalige Dekan der Lemberber Universität Prof. Stanislaus Grabski. Die Kiewer Kurse sind nach dem Muster ähnlicher. bereits seit längerer Zeit bestehender polnischer Kurse in Petersburg organisiert.

Der polnische Schulverein (Macierz Szkolna) und der Staatsrat. Der Vorsitzende des polnischen Schulvereins, J. Graf Tarnowski, und sein Stellvertreter, Ignacy Baliński, erschienen am 22. ds. Mon. beim Kronmarschall und gaben die Erklärung ab, dass der Schulverein im Einverständnis mit dem Staatsrat wirken will und sich unter den Schutz des letzteren stellt. Der Kronmarschall und der Vice-Marschall gaben zur Antwort, dass sie die edlen Ziele des Schulvereins voll anerkennen. seine Verdienste in der Vergangenheit durchaus würdigen und dass eine Tätigkeit auf dem Gebiete des Schul- und Lehrwesens nur im engen Einklang mit der Volksgemeinschaft ihre Früchte zeitigen kann.

Das Pressewesen im Königreich Polen. Deutsche Zeitungen berichten, dass innerhalb des General-Gouvernements Warschau im Ganzen 114 Zeitungen und Zeitschriften erscheinen, in den verschiedensten Sprachen, und das für 6 weitere polnische Zeitschriften die Erlaubnis zur Herausgabe bewilligt worden ist. Ausser den amtlichen deutschen Publikationen sind darin enthalten: 5 deutsche Zeitschriften, hiervon 1 Tageblatt in Warschau, 2 in Łódź und 2 Wochenblätter: „Deutsche Post" in Łódź und „Unsere Kirche" in Warschau. Deutsch-polnische amtliche Zeitungen sind 83 vorhanden. Im Jargon erscheinen 6 Tagesblätter und 4 Wochenblätter, wobei von den Jargon-Tagesblättern 3 täglich zweimal erscheinen. Eines der Jargonblätter, das „Łódżer Volksblatt" ist Eigentum der „Deutschen Staatsdruckerei", während die Warschauer Zeitschrift „Jüdisches Wort" einer Gesellschaft in Frankfurt am Main gehört. In hebräischer Sprache erscheinen 1 Wochenblatt und 1 Monatszeitschrift.

Das Deutschtum in Polen. „Der Osten", „Organ für das Deutschtum im Ausland", berichtet in Nr. 16:

„Aus Polen ist frohe Osterbotschaft gekommen. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, hat sich die deutsche Verwaltung zu

einer Reihe von Massregeln entschlossen, die für seinen Fortbestand und eine zukünftige reiche Weiterentwicklung des Deutschtums in Polen von schwerwiegendster Bedeutung sind. Zunächst wird mitgeteilt, dass die höheren deutschen Schulen in Polen den Charakter von deutschen Auslandsschulen erhalten sollen. Das bedeutet, dass sie gewissermassen Reichseigentum werden, dass das Reich die Verpflichtung übernimmt, sie aus seinem Reichsschuldenfonds aufrecht zu erhalten, dass es sie mit den nötigen Lehrkräften aus dem Reich versorgen und diesen alle Garantien geben wird, durch ihre Tätigkeit an den Schulen Polens in ihren reichsdeutschen Anstellungs- und Pensionsverhältnissen nicht geschädigt zu werden. Des weiteren wird gemeldet, dass die evangelische Kirche Polens eine neue Kirchenverfassung erhalten soll, die sie dem einseitigen und alleinigen Regiment des Warschauer Konsistoriums entzieht und den Einzelgemeinden ein stärkeres Selbstbestimmungs- und Beteiligungsrecht in der Verwaltung der Kirche gewährleistet. Das bedeutet für die Gemeinde die Möglichkeit, den in ihrem Schosse immer treu gehüteten deutschen Charakter nun innerhalb der Kirche und für diese als Ganzes zu hüten, eine Möglichkeit, die gegenüber der hier oft erörterten Polenfreundlichkeit des Warschauer Konsistoriums garnicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Endlich etwas, das mit ganz besonderer Freude zu begrüssen ist: seitens des Łódżer Polizei-Präsidiums, das in seiner Leitung von Anbeginn an ein treuer Hüter der deutsch-völkischen Interessen gewesen ist, ist dem „Deutschen Verein für Łódź und Umgegend“ amtlich eröffnet worden, dass einer Ausdehnung seiner Bestrebungen auf ganz Polen keine Hindernisse weiter in den Weg gelegt werden sollen. Damit ist die Bahn frei geworden für den von Anbeginn erstrebten, von uns hier immer als eine Notwendigkeit bezeichneten Bund der Deutschen in Polen.“

Wirtschaftliches.

Der handelspolitische Sonderausschuss für Polen, über dessen Gründung beim Handelsvertragsverein bereits berichtet wurde, hat am 8. und 18. April ds. J. zwei Sitzungen abgehalten, an deren zweiter auch Delegierte des Magistrats und des Vorsteheramts der Kaufmannschaft von Danzig teilnahmen.

Abgesehen von organisatorischen Fragen und einigen vertraulich zu behandelnden Punkte wurde namentlich die schwere Beeinträchtigung der polnischen Volkswirtschaft durch den Kriegszustand und die zukünftige polnische Handelspolitik erörtert. Was den ersten Punkt anlangt, so herrschte Uebereinstimmung darüber, dass es erwünscht sei, die wirtschaftlichen Interessen Polens so sehr zu schonen, wie die Notwendigkeiten des Krieges es irgend zuliessen. Hierüber wurde eine Eingabe beschlossen und vorbereitet — Bezüglich des zweiten Punktes wurde allseitig der Ueberzeugung Ausdruck ge-

geben, dass Polen, wie sich auch politisch seine Zukunft gestalten werde, aller Wahrscheinlichkeit nach doch künftighin einen eigenen Zolltarif haben und damit ein besonderes zollpolitisches Zwischengebiet zwischen Deutschland und Russland bilden würde. Dabei würde es im Interesse der polnischen Industrie liegen, dass ihren Erzeugnissen der russische Absatzmarkt auch nach dem Frieden möglichst unbeschränkt erhalten bliebe, sowie nach Möglichkeit die Anpassung an die neuen Zollverhältnisse erleichtert würde. Unter diesem Gesichtspunkte werden sie den künftigen russischen Zolltarif zu beeinflussen und namentlich auch mehrjährige Uebergangsbestimmungen zu erstreben suchen müssen, sodass also etwa die künftigen Zölle nicht sofort in voller Höhe, sondern allmählich stufenweise in Kraft träten. Da die Erhaltung einer kräftigen einheimischen Volkswirtschaft Polens auch im deutschen Interesse nur erwünscht wäre, könnten Bestrebungen in dieser Richtung auch deutscherseits gebilligt und unterstützt werden.

Die polnischen Industriellen für eine deutsch-polnische Warenmesse in Breslau. Wie wir aus Warschau erfahren, treten die massgeblichen polnischen industriellen Kreise für die Errichtung einer zweimal im Jahre abzuhaltenden Warenmesse in Breslau ein, und haben beschlossen, für die Beschickung der Messe unter den in Frage kommenden Industriezweigen Polens zu werben. Dies ist um so mehr zu begrüssen, als damit die Bestrebungen, welche namentlich innerhalb der schlesischen Industrien unter Führung offizieller Körperschaften bestehen, auch in Polen Wiederhall finden und somit ein weiterer Schritt zu ihrer Verwirklichung gemacht ist. Von der Messe wird die Förderung der deutsch-polnischen Wirtschaftsannäherung und des Ausgleiches der noch als widerstrebend empfundenen Interessen erwartet.

Fürsorge für die polnischen Wanderarbeiter. Beim Arbeitsdepartement des Provisorischen Staatsrates des Königreichs Polen wurde eine Fürsorgekommission für die polnischen Wanderarbeiter eingerichtet. Die Kommission hat ihr Lokal in Warschau, Mazowieckastrasse 7. Empfangsstunden von 12 bis 2 Uhr.

Entschädigung für die in Polen enteigneten Güter. Die Reichsentschädigungskommission in Berlin, die die Entschädigung der ausserhalb der Reichsgrenzen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten beschlagnahmten Güter zu regeln hat, ist ermächtigt worden, im Rahmen ihrer Befugnisse den Einwohnern des Generalgouvernements Warschau für die in dessen Gebiet enteigneten Gegenstände Entschädigung zu gewären, und zwar im allgemeinen in der vollen Höhe des deutschen Friedenswertes; ausserdem sollen Zinsen und nachgewiesene Kosten in demselben Umfang erstattet werden, wie es bei Reichsdeutschen und Verbündeten geschieht. Der endgül-

tigen Regelung der Entschädigungsfrage nach Beendigung des Krieges bleibt es vorbehalten, von welchen Stellen und wieweit der Unterschied zwischen dem deutschen Friedenswert und dem zum Teil höheren russischen Wert erstattet werden soll.

Neue Anleihe der Stadt Warschau. Die Stadt Warschau beabsichtigt zur Deckung des durch die Kriegswirtschaft entstandenen Defizits und der weiter auflaufenden Ausgaben eine Zwangsanleihe von 40 Millionen Mark zu emittieren. Sämtliche Bürger der Stadt sollen nach Massgabe ihrer Vermögensverhältnisse zur Uebernahme von Anleihetitres gegen Barzahlung verpflichtet werden. Die Durchführung der Anleihe wird durch die neu gegründete Landes-Darlehnskasse erleichtert werden.

Büchereinlauf.

Friedr. Naumann: Die deutsche Sache. Die deutsche Seele. Zwei Vorträge. Berlin, Georg Reimer. — Michał Sobeski: Filozofia sztuki. I. Dzieje estetyki. Zagadnienie metody. Twórczość artysty. Warschau. E. Wende i Ska. — Tarcze legionów 1914—1917. Krakau. Centralne biuro wydawnictw N. K. N. — Dr. Richard Bahr: Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft. Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Berlin. Reichsverlag Hermann Kalkoff. — Die Bedeutung Polens für Russland. Krakau. Verlag des Obersten Nationalkomitees. — Polenlieder deutscher Dichter. Gesammelt und herausgegeben von St. Leonhard. II. Band. Krakau. Zentralverlagsbureau des Obersten Nationalkomitees. — Stanisław Przybyszewski: Von Polens Seele. Jena. Verlag, Eugen Diederichs. — Bulletin der Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges. Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. I. Deutschland und Frankreich. Kopenhagen. — Hermann Kötschke: Unser Reichskanzler. Sein Leben und Wirken. Berlin-Charlottenburg. Verlagsanstalt Augustin & Co. — Korol Hubert Rostworowski: Kajus Cezar Kaligula. Dramat w 4 aktach. Kraków, Księgarnia S. A. Krzyżanowskiego. — Sprachen und Religionen in Europa und die Grenzen zwischen west- und osteuropäischer Kultur. Entworfen von Paul Langhans. — Petermanns geographische Mitteilungen, Verlag Justus Perthes-Gotha. — Die polnische Frage im Hause der Abgeordneten des preussischen Landtages zu Berlin. Nach stenographischen Berichten. Posen. bei Gebr. Winiewicz.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.